

FORSCHUNG

Ochsentour in den Bundestag?

Projekt begleitet die Suche nach Kandidaten.

VON WALTER ZÖLLER

HALLE/MZ - Wie finden Parteien ihre Kandidaten für den Bundestag? Ist doch klar: Die Parteioberen eignen sich in einem Hinterzimmer auf einen Bewerber, der ihnen genehm ist. Und das Parteivolk stimmt anschließend brav ab - kein Widerspruch, kein Gegenkandidat. So zumindest läuft es nach landläufiger Meinung bei CDU, SPD, Linken, Grünen und FDP ab. Und vielleicht auch schon bei der AfD. Aber ist das wirklich so? Wissenschaftler aus Halle wollen es nun genau wissen: In einem groß angelegten und in Deutschland einmaligen Forschungsprojekt begleiten sie bundesweit die Kandidatenaufstellungen der Parteien. „Uns geht es darum herauszufinden: Wer stellt wie und warum auf“, sagt Suzanne S. Schüttemeyer.

Sie ist Professorin für Regierungslehre und Policyforschung an der Martin-Luther-Universität Halle und Gründungsdirektorin des Instituts für Parlamentsforschung, das seit kurzem in Halle ansässig ist. Schüttemeyer und vier weitere Wissenschaftler haben sich in Zeiten des weit verbreiteten Politik- und Politiker-Frusts einiges vorgenommen. Denn sie wollen dazu beitragen, „die demokratische Ordnung in der Gesellschaft zu verankern und fortzuentwickeln“. Im ersten Forschungsprojekt soll Licht in die angeblich so verschlungenen Wege gebracht werden, auf denen Parteien ihre Bewerber für die Bundestagsmandate finden. „Die Wissenschaft weiß relativ wenig davon, wie Kandidatenaufstellungen vor Ort ablaufen“, sagt Schüttemeyer. Ihr Team betreibt einigen Aufwand, um dies zu ändern. „Das Projekt ist angesichts seiner Dimensionen eine große Herausforderung“, sagt Politologe Benjamin Höhne, einer der Mitarbeiter.



Suzanne S. Schüttemeyer
Politologin

„Wir wollen herausfinden: Wer stellt wen wie und warum auf.“

Die Forscher werden bis zum Frühsommer in ganz Deutschland unterwegs sein, um zu ergründen, wie aus einem Interessenten ein Kandidat wird. Sie werden rund 100 Veranstaltungen in Wahlkreisen besuchen, in denen Bewerber den ersten Schritt in Richtung Bundestag tun müssen. Und sie sind bei 50 Landesparteitagungen, in denen die Parteien endgültig festlegen, wer sich dem Wähler stellen darf. Mit Hilfe eines Meinungsforschungsinstituts werden 30 000 Fragebögen verteilt, die die Parteimitglieder anonym ausfüllen können. Zudem sollen Helfer des Forschungsinstituts Hintergrundgespräche mit Parteimitgliedern führen - auch ohne Namensnennung. Die Anonymität soll gewährleisten, dass ein realistisches Bild der Kandidatenfindung entsteht. Wie stark wird in Hinterzimmern gekungelt? Sind unliebsame Bewerber schon im Vorfeld an den Rand gedrängt worden? Wie sehr wird darauf geachtet, dass Bewerber ausreichend geeignet sind und ihre einzige Qualifikation nicht Jahre dauernde Ochsentour durch die Partei ist? Die vollständige Studie wird erst nach der Bundestagswahl vorliegen. Eine Erkenntnis hat Schüttemeyer schon jetzt. Die Vorstellung sei falsch, Strippenzieher ganz oben in der Bundespartei könnten den Mitgliedern vor Ort vorschreiben, wen sie als Kandidaten zu wählen haben. „Die Parteioberen in Berlin hüten sich, in dieser Frage Einfluss auf die Basis zu nehmen.“



Mächtig müde

So ein Gipfeltreffen kann lang und langweilig sein. Beim Asien-Pazifik-Gipfel in Peru konnten Japans Premierminister Shinzo Abe

(Li.) und sein malaysischer Amtskollege Najib Razak ihre Augen nicht mehr offen halten. Dabei konnte US-Präsident Barack Obama bei sei-

nem letzten Auslandsauftritt beobachtet werden. Er warnte vor einer Vorverurteilung seines Nachfolgers Trump.

FOTO: REUTERS

„Für viele ist Russland positiv“

MZ-GESPRÄCH Die linke Bundestagsabgeordnete Petra Sitte aus Halle sieht alle Parteien vor großen Problemen. Sie fordert eine Ende der Neiddebatte.

HALLE/MZ - Petra Sitte ist seit ihrem Studium Hallenserin. Die 55-Jährige war hier Stadträtin, Abgeordnete im ersten Landtag Sachsen-Anhalts und ist seit 2005 Parlamentarierin im Bundestag. Über den Umgang mit der AfD, die Rolle der Linken als Protestpartei und die Besonderheiten der ostdeutschen Länder sprachen mit ihr die MZ-Redakteure Alexander Schierholz und Kai Gausemann.

Frau Sitte, die AfD eilt in den Ländern von Wählerfolg zu Wählerfolg. Hat sie die Linke als Protestpartei abgelöst?

Sitte: Nein, das würde ich nicht so sehen. Wir waren nie eine reine Protestpartei. Wir waren und sind seit 15 Jahren in der Opposition, aber auch an Regierungen beteiligt und übernehmen Verantwortung in Kommunen.

Aber die Linke ist bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern ordentlich rasiert worden. Wären Sie nicht nah genug dran an den Sorgen der Menschen?

Sitte: Da muss man differenzieren. Die AfD hat ihre Wähler weniger von uns, als vor allem aus der Gruppe der Nichtwähler rekrutiert. In Berlin war es nochmal ganz anders. Da haben die anderen Parteien viel mehr an die AfD verloren als wir. Hinzu kommt: Alle Parteien haben ein Demografie-Problem, auch die Linke. Wir müssen überlegen, wie wir ältere Wähler ansprechen. In Stadtvierteln wie Halle-Neustadt oder in ländlichen Regionen wie der Altmark können Sie den Leuten nicht mit den sozialen Medien kommen, da müssen Sie persönlich erscheinen.

Aber warum gelingt es der AfD, Nichtwähler zu mobilisieren, und Ihnen nicht?

Sitte: Unter den Nichtwählern sind viele Menschen, die seit Jahren von der Politik enttäuscht sind. Die Linke hat immer versucht, Bewegungen von der Straße in die Parlamente zu tragen. Wir haben zum Beispiel die Proteste gegen Hartz IV unterstützt, trotzdem ist Hartz IV eingeführt worden. Dann sagen die Leute: Klar, ihr macht Opposition, aber das habt ihr nicht verhindern können. Und wir haben immer Wert darauf gelegt, konkrete Vorschläge zu machen zu bestimmten Themen. Das hat die AfD bis heute nicht gemacht, diesen Prozess haben die noch vor sich.

Die AfD und andere Rechtspopulisten sympathisieren offen mit Russland und Putin. Welche Rolle spielt das für den Erfolg der AfD speziell in Ostdeutschland?

Sitte: Viele Ostdeutsche haben emotionale eine ganz andere Einstellung zu Russland als Westdeutsche. Für viele ist Russland positiv besetzt, durch persönliche Kontakte oder durch Erinnerungen an den Studenten-Austausch. Das greift die AfD auf und versucht daraus politisches Kapital zu schlagen.

Das müssen Sie erklären.

Sitte: Ich gebe Ihnen ein Beispiel. Bei den Verhandlungen zur Ukraine-Krise hat man Russland von Anfang an außen vor gelassen, man hat ein Signal der Abgrenzung ausgesendet. Das war ein gravierender Fehler. Das hat die AfD ausgenutzt und versucht in Zustimmung für sich umzumünzen.

Viele Menschen fühlen sich von den anderen Parteien, auch von der Linke, offenbar nicht mehr vertreten. Wie lassen die sich zurückholen?

Sitte: Die Bundesregierung muss Merkels Satz „Wir schaffen das“ endlich mit konkreten Maßnahmen umsetzen. Die Flüchtlinge, die nach Deutschland gekommen sind, müssen eine Perspektive bekommen. Und die Neiddebatte muss unterbunden werden, die mit der Aufnahme der Flüchtlinge entstanden ist. Die Kommunen müssen Gelder bekommen, um Schwimmbäder, Schulen oder Straßen in Ordnung zu bringen. Jetzt ist bei vielen der Eindruck entstanden, da kommen die Flüchtlinge, für die gibt es Geld, aber wir bekommen nichts. So gedeihen Rassismus,

Fremdenfeindlichkeit und Nationalismus. Wenn die Bundesregierung im vorigen Jahr schon entsprechend gehandelt hätte, hätten wir jetzt vielleicht eine andere Situation.

Befürchten Sie, dass die Linke bei der Bundestagswahl im kommenden Jahr ähnliche Verluste erleiden könnte wie in Sachsen-Anhalt oder Mecklenburg-Vorpommern?

Sitte: Nein. Die politische Lage kann sich bis dahin ganz anders entwickeln.

Sie können sich in Berlin im kommenden Jahr möglicherweise auf Verstärkung aus den Reihen der Linken in Sachsen-Anhalt freuen: Mit Matthias Höhn, Birke Bull und Eva von Angern wollen gleich drei der profiliertesten Linken-Landtagsabgeordneten in den Bundestag. Wäre das ein Verlust für die Landtagsfraktion?

Sitte: Es wäre eine Herausforderung. Aber wir müssen in der Bundestagsfraktion einen Generationswechsel vorbereiten, da sind neue Kandidaten willkommen. Und auch im Landtag hätten dann neue Gesichter die Chance sich zu profilieren. Am Ende entscheidet ein Parteitag, wer kandidiert.

Sie werden dem Bundestag einstweilen treu bleiben. Sie waren als Wissenschaftssenatorin in Berlin im Gespräch. Daraus ist nun nichts geworden. Sind Sie enttäuscht?

Sitte: Nein. Wissenschaft wird mein Thema bleiben, da werde ich mich weiter einmischen. Wissenschaft bedeutet Aufklärung und Bildung; beides ist in der jetzigen Phase der gesellschaftlichen Entwicklung wichtiger denn je.



Petra Sitte hält es für falsch, Russland auszugrenzen. FOTO: DPA

IN KÜRZE

WAHLKAMPF

Gabriel pocht auf Mindestrente

BERLIN/ERFURT/DPA - SPD-Chef Sigmar Gabriel pocht auf eine Mindestrente für Geringverdiener. Wenn die Union dabei nicht mitmache, „dann ist das das Thema im Wahlkampf“, sagt Gabriel am Samstag auf einem Parteitag der Thüringer SPD in Erfurt. „Wer gearbeitet hat, sollte eine auskömmliche Rente erhalten.“ Gabriel betonte, er wolle kein Deutschland, in dem jemand 40 oder 45 Jahre arbeiten geht und am Ende seines Lebens nicht mal mehr Rente hat als jemand, der noch nie gearbeitet hat. Sozialdemokraten dürften keine Altersarmut akzeptieren. Bundesgesundheitsminister Andrea Nahles (SPD) wandte sich gegen einen Rentenwahlkampf.

PRÄSIDENTEN-KANDIDAT

Steinmeier will Buchwerbung stoppen

BERLIN/DPA - Außenminister Frank-Walter Steinmeier, Kandidat der großen Koalition für das Amt des Bundespräsidenten, will eine Werbeanzeige für sein Europa-Buch stoppen lassen. Darin wird Steinmeiers Werk als „das aktuelle Buch des künftigen Bundespräsidenten“ beworben. Zuvor hieß es: „Der Anzeigentext war nicht abgestimmt. Der Verlag ist gebeten worden, diesen Text nicht mehr zu verwenden.“ Linksfraktionschef Dietmar Bartsch hatte die Werbung zuvor als respektlos kritisiert.



TÜRKISCHE OFFIZIERE

Erdogan warnt Nato vor Gewährung von Asyl

ISTANBUL/AFP - Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan hat die Nato davon gewarnt, türkischen Offizieren Asyl zu gewähren. Bei den Betroffenen handle es sich um Soldaten, denen „Terrorismus vorgeworfen“ werde, sagte Erdogan auf einem Flug von Usbekistan vor Journalisten, wie die Zeitung „Milliyet“ berichtete. Sie seien an der Vorbereitung des Putsches im Sommer beteiligt gewesen. Die Nato könne diesen Anträgen nicht stattgeben. Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg hatte am Freitag bestätigt, dass einige Offiziere aus den Nato-Kommandostrukturen in den jeweiligen Einsatzländern Asyl beantragt hätten. Erdogan forderte dem Bericht der „Milliyet“ zufolge die Ausweisung der Betroffenen. Stoltenberg stellte am Freitag indes klar, dass nicht die Nato über die Anträge entscheiden werde, sondern jedes Land selbst als nationale Angelegenheit.

Sarkozy scheitert

Fillon liegt bei Vorwahl der französischen Konservativen vorn.

PARIS/DPA - Frankreichs Ex-Staatschef Nicolas Sarkozy ist aus dem Rennen um die Präsidentschaftskandidatur der französischen Konservativen ausgeschieden. Der 61-Jährige räumte seine Niederlage in der Vorwahl des bürgerlichen Lagers am Sonntagabend ein und gratulierte den früheren Premierminister François Fillon und Alain Juppé zum Einzug in die entscheidende Stichwahl. Er selbst werde am kommenden Sonntag für Fillon stimmen, sagte Sarkozy.

Die beiden lagen nach Auszählung von mehr als 80 Prozent der Wahllokale deutlich in Führung. Fillon kam demnach auf 44 Prozent der Stimmen, Juppé auf 28,1 Prozent. Sarkozy lag sieben Prozentpunkte dahinter. Die vier

weiteren Bewerber erzielten Ergebnisse im einstelligen Prozentbereich.

Frankreichs bürgerliche Rechte kürzt ihren Kandidaten erstmals mit einer offenen Vorwahl, an der alle Anhänger teilnehmen können. Dem Sieger werden gute Chancen für die Präsidentschaftswahl im kommenden Frühjahr ausgerechnet. Umfragen lassen derzeit ein Duell zwischen der Front-National-Chefin Marine Le Pen und dem konservativen Bewerber erwarten - die Vorwahl ist damit eine wichtige Weichenstellung.

Über Monate hinweg hatten Umfragen ein Duell zwischen Juppé und Sarkozy vorhergesagt. Erst in den Wochen vor der Wahl hatte Fillon zu einer überraschenden Auf-

holjagd angesetzt und lag deutlich vorn. Der 62-Jährige will Frankreich liberale Wirtschaftsreformen verordnen, um wieder wettbewerbsfähiger zu werden. Juppé tritt etwas gemäßigter auf und zielt auch auf Wähler aus der Mitte.

Sarkozy versprach, dass er den Sieger der Stichwahl unterstützen werde. „Ich habe keine Bitterkeit“, sagte er. „Ich will nur das Beste für das Land.“ Er rief seine Wähler auf, „niemals den Weg der Extreme zu wählen“ - eine klare Warnung vor einer Stimme für die rechtsextreme Front National.

Die Beteiligung an der Vorwahl war nach ersten Angaben hoch ausgefallen. Eine Hochrechnung des Instituts Elabe ging von 3,9 bis 4,3 Millionen Wählern aus.

ANZEIGE

Mitteldeutsche Zeitung
MZ.de

Geteilte Freude ist doppelte Freude:

Sichern Sie sich 50,00 € Bargeldprämie für die Werbung eines neuen Abonnenten der MZ digital!

50,00 € Bargeldprämie sichern!

Jetzt anrufen 0345-565 2700 oder online bestellen unter mz.de/digital-lwl50